

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespaltene Reklamzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 5

Stolp, Freitag, den 7. Januar 1927

51. Jahrgang

Noch keine Entscheidung.

Die Kandidatur Curtius noch nicht erledigt.

Berlin, 6. Januar. Zentrum und Deutsche Volkspartei erklären heute, daß sie bisher weder Vorschläge über die Regierungsbildung gemacht, noch solche entgegengenommen haben. Das Zentrum hält seine entscheidende Fraktionsstimmung erst am kommenden Dienstag, die Deutsche Volkspartei erst am Mittwoch ab.

Verschiedentlich ist in der Presse gemeldet worden, daß in der Frage der Beauftragung zur Regierungsbildung seitens des Reichspräsidenten bereits eine vollendete Tatsache mit der Vertagung des bisherigen Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius geschaffen worden sei. Hierzu erfahren wir von zuverlässiger Stelle, daß diese Darstellung nicht zutreffend ist, daß vielmehr, wie wiederholt erklärt wurde, die Verhandlungen erst Anfang nächster Woche aufgenommen werden dürften und damit erst eine Entscheidung des Reichspräsidenten getroffen werden kann.

Trotzdem steht die Kandidatur Curtius nach wie vor im Vordergrund der pressepolitischen Erörterungen. Man bemüht sich offenbar von interessierter Seite der Linksparteien, eine Kandidatur Curtius als unmöglich hinzustellen, da dies nach Auffassung dieser Kreise eine Anlehnung nach rechts nach sich ziehen würde. Bei dieser Gelegenheit wird vor allem auf demokratischer Seite mit der Behauptung operiert, daß das Zentrum sich bereits insofern festgelegt habe, als ein bindender Beschluß der Reichstagsfraktion des Zentrums vorliege, eine Koalition, die irgendwelche Bindungen nach rechts mache, abzulehnen. Nach dem, wie oben gemeldet wird, hat die Fraktion des Zentrums einen solchen Beschluß nicht gefaßt, auch nicht fassen können, da der Fraktionsvorstand in diesen Tagen gar nicht beisammen war. Wohl scheinen aber gewisse Kräfte innerhalb der Zentrumstraktion einigen Einfluß auf den Parteivorstand zu haben, um ihn zu veranlassen, in der angebotenen Richtung die Auffassung der Fraktion festzulegen. Ob dies aber bis zu einem gewissen Grade gelingen wird, läßt sich noch nicht feststellen. Immerhin ist zu bezeichnen, daß Dr. Wirth versucht, Stegerwald als ernsthaften Kandidaten für den Kanzler oder einen Ministerposten auszuwählen, indem er ihn auf eine parteipolitische Richtung festzulegen versucht, die Stegerwald an sich nicht liebt. Ueberhaupt ist die Haltung des Zentrums recht beachtenswert, da sie sich in den letzten Tagen wiederholt von Grund auf geändert hat. Diese Tatsache schon allein beweist, daß ein bindender Beschluß der Reichstagsfraktion oder seines Vorstandes nicht vorliegen kann. Die Bestrebungen gehen offenbar dahin, die neue Regierung wieder unter einem Zentrumskanzler zu bilden, um eine Anlehnung nach rechts unter allen Umständen zu verhindern. Auffallend ist bei allem die vollkommene Unrückständigkeit der Haltung der Sozialdemokratie. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß die Sozialdemokratie für die Unterstützung eines Kabinetts der Mitte Bedingungen stellen wird, die die Deutsche Volkspartei nicht mitmachen kann. Die Große Koalition wird von der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Eine Minderheitskoalition der Mitte mit wechselnden Mehrheiten kommt aber nicht in Frage, da sie von der Deutschen Volkspartei scharf bekämpft und sehr bald gestürzt würde.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wird zu Beginn der nächsten Woche zusammentreten. Der Fraktionsvorstand hat sich bisher noch nicht mit den zurzeit schwebenden politischen Fragen in einer förmlichen Sitzung befaßt. Es hat aber zwischen den Mitgliedern des Fraktionsvorstandes über diese Frage und auch über die in Aussicht genommene Berufung des bisherigen Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius zur Regierungsbildung eine persönliche Rühlung stattgefunden, bei der sich ergeben hat, daß die Mitglieder des Fraktionsvorstandes mit dem beabsichtigten Schritte einverstanden sind.

Poincaré gegen die Annäherungspolitik.

Im Einverständnis mit Briand und Berthelot.
Paris, 6. Januar. „Echo de Paris“ hat angeichts der Zeit zur Ruhe kommenden Gerüchte über Uneinigkeiten im Kabinett Poincaré und besonders über einen Konflikt zwischen Poincaré und Briand wegen der Frage der Politik von Locarno es für angebracht gehalten, sich an zuständige Stelle über diese Gerüchte zu informieren. Der Mitarbeiter des Blattes, Gutin, der gute Beziehungen zu Poincaré unterhält, erklärt zunächst, Poincaré habe gestern die Gerüchte über Uneinigkeit in seinem Kabinett an der Börse dementieren lassen, und sagt dann:

Was die Absicht betrifft, sofort nach Wiederzusammentritt des Parlaments eine Interpellation über die auswärtige Politik und besonders die Politik der Annäherung an Deutschland und die Frage einer eventuellen vorzeitigen Räumung

des linken Rheinufers hervorzurufen, so bin ich in der Lage, mitzuteilen, daß Poincaré persönlich der Erörterung dieser Interpellation sich widersetzen und nötigenfalls die Gründe bekanntgeben wird, wegen deren es ihm unmöglich erscheint, bei der gegenwärtigen Lage die Frage der Räumung der Rheinlandzone, die wir besetzt halten, aufzuwerfen zu lassen, solange Deutschland nicht alle Burgschaften gegeben hat, so wohl für unsere Sicherheit als auch für die Ausführung des Dawesplans. Briand hat übrigens im Ministerrat erklärt, daß diese Frage bei seinen Besprechungen mit Stresemann nicht erörtert worden ist. Sie wird auch unter den gegenwärtigen Umständen nicht weiter behandelt werden. Es scheint mir, daß auf diesem Gebiet wie auf den anderen Poincaré sicher ist, wenn er die Vertagung beantragt, die Zustimmung der großen Mehrheit der Kammer zu erhalten. Um unsere Finanzlage zu bessern, darf nicht die geringste Komplikation innerhalb des Ministeriums eintreten. Ich kann übrigens nicht glauben, daß es in den Absichten eines Mitgliedes des Kabinetts liegt, durch seine Haltung eine Ministerkrise heraufzubeschwören, weil es sonnenklar ist, daß derjenige, der die Nachfolge Poincarés übernehme, eine finanzielle Katastrophe herbeiführen würde.

Volkspartei und Räumungsfrage.

Unzufriedenheit mit dem „Erreichten“.

Köln, 6. Januar. In einer von der Deutschen Volkspartei in Düsseldorf veranstalteten Bürgerversammlung führte der Staatssekretär für die besetzten Gebiete, Schmidt, zur Frage der Rheinlandräumung unter anderem aus:

„Von den grausamen Verpflichtungen des Versailler Vertrages hat nun auch die Entwaffnungsfrage bis auf 2 unmitttelbar vor der Lösung stehende Restpunkte ihre Erledigung gefunden. Alles in allem sind wir nunmehr unseren sämtlichen Verpflichtungen mit beispielloser Loyalität nachgekommen. Wir haben durch die Verträge von Locarno neue Verpflichtungen in Bezug auf die Sicherheit der Westgrenze übernommen, wir sind Mitglied des Völkerbundes geworden. Kein Zweifel, daß nunmehr die Räumung der 2. und 3. Rheinlandzone fällig geworden ist. Diese Räumung ist auch nach den ersichtlichen Vorgängen in Gemersheim und Landau im Interesse des Friedens und der Konsolidierung der Annäherungspolitik notwendig, weil die Fortdauer der Besetzung eine tägliche Gefahrenquelle ist. Auch drüben jenseits der Grenze erhebt man immer mehr (??), daß die Besetzung sich überlebt hat. Möge man nun eublick die Folgerungen daraus ziehen, aber nicht etwa unter Bedingungen, die in verhüllter Form auf eine Fortsetzung der bisherigen Rheinlandpolitik nur mit anderen Mitteln hinauslaufen. Für Prestigebedürfnisse kann man goldene Brücken bauen. Niemals wird jedoch, davon bin ich überzeugt, das rheinische Volk in sein Nest ein Stücklein fremder Kontrollenrichtungen in irgendeiner Form hineinlegen lassen.“

Das ist gewiß alles sehr richtig. Aber statt an die Bürger von Düsseldorf hätte sich Herr Schmidt doch lieber an den für diese Dinge zuständigen Herrn Stresemann wenden sollen.

Demokratische Weisheiten.

Eine Rede des Ministers Dr. Kütz.

Stuttgart, 6. Januar. Auf der Landesversammlung der Deutschen demokratischen Partei hielt der Reichsinnenminister Dr. Kütz heute eine politische Rede, in der er u. a. erklärte:

Die Freiheit des Rheines sei uns eine Lebens- und Ehrenfrage. Der ehrliche Wille des überwiegenden Teiles des deutschen Volkes, mit Frankreich in einem mit den Geboten der nationalen Würde vereinbaren Einvernehmen zu leben, sei über alle Zweifel erhaben. Wenn die deutsche Politik jetzt auch mit Italien, wie früher mit Rußland, zu einem vertraglich geordneten Einvernehmen gekommen sei, so habe das keine Spitze gegen eine andere Macht, sondern liege in der selbstverständlichen Linie der allgemeinen deutschen Friedenspolitik. Im inneren Leben Deutschlands gelte es, an der weiteren Festigung des Staates mit aller Kraft zu arbeiten. Bei der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Struktur des deutschen Volkes sei eine Konsolidierung des staatlichen Lebens nur durch eine Politik der mittleren Linie zu erreichen. Auf einer solchen Linie müsse das Parlament die Regierung aber auch wirklich arbeiten lassen. Für uns gelte es, einen Zustand zu erreichen, bei dem die Regierung auch wirklich regieren kann und nicht dauernd im Kampf der Parteien zerrieben wird.

Die Konsolidierung unserer staatlichen Verhältnisse verlange ein Verbundensein auch der breiten Masse des Volkes mit dem Staate. Deswegen würden Parolen, wie: „niemals mit der Sozialdemokratie“ oder „immer gegen die Sozialdemokratie“ überaus verhängnisvoll wirken müssen.

Der neue Reichsetat.

Von Otto Schmidt, Stettin, M. d. N.

Der Reichsetat für 1927 ist den Mitgliedern des Reichstages am 4. Januar zugegangen. Die Haushaltsberatungen beginnen am 10. Januar mit dem Etatsgesetz, dem Haushalt des Herrn Reichspräsidenten, dem Pensionsfonds, der Reichsschuldenverwaltung, dem Rechnungshof und dem Kriegslastenetat. Mit der Beratung der Etats der einzelnen Ministerien kann erst nach der Bildung der neuen Regierung begonnen werden.

Der neue Etat schließt mit 8526 478 185 Mark in Einnahme und Ausgabe ab. Hierzu kommen noch 1976 903 207 Mark in Einnahme und Ausgabe für den Kriegslastenetat.

Für persönliche Ausgaben an Befoldungen, Löhnen, Zulagen und Unterstützungen sind rund 660 Millionen vorgesehen, von denen 143 Millionen auf die Soldaten der Reichswehr und der Reichsmarine entfallen, sodas auf die Beamten und Angestellten des Reiches, deren Zahl mit den Arbeitern rund 149 000 beträgt, ungefähr 517 Millionen Mark entfallen. Der Pensionsfonds schließt mit 1 465 823 000 Mark in Ausgabe ab, er weist also eine Verminderung von 89 662 000 Mark nach. Von dem Pensionsfonds entfallen 87 626 000 Mark auf Beamte und deren Hinterbliebene, rund 216 Millionen entfallen auf Offiziere, Beamte und deren Hinterbliebene der ehemaligen Wehrmacht.

Von ganz besonderem Interesse für die Beamten ist die Fassung des neuen Etatsgesetzes nach dessen Paragr. 6 in Zukunft sämtliche Stellen für Regierungsräte der Gruppe 11 und der Inspektoren der Gruppe 8 in den Ministerien fortfallen sollen, weil man zur Bewältigung dieser Arbeiten in Zukunft nur derartige Beamte probeweise beschäftigen will. Barum man ausgerechnet ein Jahr vor dem angeführten Inkrafttreten einer neuen Befoldungsordnung diese Maßnahme schon jetzt erweist, bedarf noch eingehender Aufklärung. Wichtiger für die Beamenschaft ist noch die Bestimmung, daß im Haushalt 1927 jede zweite freiwerdende Stelle der Gruppen 1-13 nicht wieder besetzt werden darf, es sei denn, das aus dienstlichen Gründen an Stelle der freigewordenen Planstelle eine Eingangs- oder Durchgangsstelle derselben Laufbahn unbefestigt bleibt. Diese Maßnahme bedeutet, daß beispielsweise bei der Reichsabgabenverwaltung, bei der von 69 182 Planstellen rund 3,5 Prozent oder 2400 Planstellen im Jahre frei werden, 1200 Planstellen jährlich in den verschiedenen Gruppen fortfallen müßten, wenn, ja, wenn der Herr Reichsminister der Finanzen nicht wegen eines unabweisbaren Bedürfnisses eine Ausnahme gestattet, wobei auch noch die Frage offen bleibt, wer denn eigentlich dem Reichsfinanzminister für die ihm selbst ungestellten Beamten die Ausnahme genehmigen soll.

Ganz besonders beachtenswert ist es aber auch, daß in dem neuen Etatsgesetz die vom Sparauschuß für 1926 beschlossene Bestimmung fehlt, wonach jede zweite besetzbare Planstelle mit einem geeigneten Wartestandsbeamten besetzt werden muß. In der Begründung wird angegeben, daß man bei dem Etatsgesetz diese Bestimmung der Zwangseinstellung für Wartestandsbeamte habe fallen lassen, weil sich Schwierigkeiten ergeben hätten. Mit Sicherheit dürfte anzunehmen sein, daß kein einziger Wartestandsbeamter mehr eingestellt wird, wenn der Reichstag nicht auf dieser Zwangsbestimmung besteht. Wir haben im Reich 7239 Wartestandsbeamte, davon 2063 ehemalige Heeresbeamte, die der grausamen Personalabbauverordnung zum Opfer gefallen sind und das Reich mit 24,6 Millionen Mark belasten. Daher liegt die mächtigste reifliche Unterbringung dieser Wartestandsbeamten im finanziellen Reichsinteresse, die Unterbringung dieser Wartestandsbeamten ist auch möglich, da jährlich 3500 Planstellen durch Abgang frei werden.

Innerliches Verbundensein mit dem Staate müsse vor allem von den Funktionären des staatlichen Willens, von der Beamenschaft und der Reichswehr verlangt werden. Von diesem Gesichtspunkt aus sei es selbstverständlich, daß die Reichswehr von politischen Einflüssen freigehalten werden müsse, sowohl bei der Annahme von Offizier und Mann als auch bei der Erziehung der Mannschaft durch die Offiziere.

In seinen weiteren Ausführungen kam der Minister auch auf die privatwirtschaftliche und staatswirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zu sprechen. Innenwirtschaftlich seien manche Anzeichen einer langsamen Besserung (?) vorhanden. Aber die Ziffer der Erwerbslosen sei nach wie vor eine schwere Sorge. Die staatlichen Finanzen seien auf das äußerste angespannt. Der endgültige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden werde ein hartes Stück Arbeit sein. Es werde zwangsläufig das Problem der Verwaltungsreform in Fluß bringen, hier und da vielleicht auch an der Struktur des Deutschen Reiches nicht halt machen. Republikanismen, deren Dasein nur auf dogmatischer Tradition beruhe und nicht auf innerer staatlicher Lebenskraft, hätten keinen Anspruch mehr auf Eigenstaatlichkeit.

Parker Gilbert über Deutschland.

Der Generalagent über die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, empfangt nach seiner Konferenz mit dem Präsidenten Coolidge Vertreter der Presse, denen er erklärte: Arbeit und der Wille zum Frieden haben zu einer stetigen Erholung Deutschlands von den furchtbaren Folgen des Krieges geführt, Deutschland hat seine Währung stabilisiert und ist an die Arbeit gegangen. Einige Nationen haben das eine oder andere getan, Deutschland hat beides getan. Darum war es in der Lage, im vergangenen Jahre 350 Millionen Dollar auf Reparationskonto zu zahlen. Wir hoffen, daß Deutschland auch den künftigen Anforderungen (!) gerecht werden kann. Eine etwaige Unfähigkeit Deutschlands, den Betrag von 600 Millionen Dollar zu zahlen, hätte nicht den Zusammenbruch des Dawesplanes zu bedeuten, denn der Plan ist elastisch genug, um jeder Sachlage gerecht zu werden.

Parker Gilbert sagte dann weiter: In Deutschland besteht eine fortschreitende Tendenz zum Frieden. Der Locarnopakt war der Ausdruck dieses Wunsches. Es gibt kein Beweismaterial für die dann und wann auftauchenden Schreckensmeldungen, daß Deutschland rüste. Mir scheint, daß jeder Mann in jedem Lande ein Paar tausend Klinten zu finden vermag.

Coolidge und die Flottenfrage.

Ein Konflikt mit dem Kongress?

Obwohl sich der amerikanische Kongress für eine Verstärkung der Flotte ausgesprochen hat, erklärte Präsident Coolidge, daß er nach wie vor gegen Neubauten sei. Er richtete an das Mitglied des Repräsentantenhauses, French, dem die Berichtserstattung über den Gesetzentwurf für die Marine obliegt, ein Schreiben, in dem er erklärte, die Festsetzungen des Budgets entsprächen dem, was er nach reiflicher Erwägung für das richtige halte und er fühle sich verpflichtet, sie in ihrer gegenwärtigen Form zu verteidigen und zu unterstützen.

Gegen diese Mahnung wandte sich scharf der Abgeordnete Britten, der dem Flottenausschuß angehört. Er erklärte im Repräsentantenhaus:

„Wenn der Präsident auf falschem Wege ist, so werde ich mich weigern, ihm Gefolgschaft zu leisten. In dieser Angelegenheit ist der Präsident auf dem falschen Wege. Ich weiß über Flottenfragen besser Bescheid als der Präsident. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo die Gelder für die Beschaffung der neuen Kreuzer bewilligt werden müssen.“

Dritten nahm dann Bezug auf eine Erklärung des Konteradmirals Bloch, die dieser kurz vorher abgegeben hatte. Admiral Bloch, der Leiter der artistischen Abteilung des Marineministeriums, hatte erklärt, die Flotte der Vereinigten Staaten bestehe zur Zeit aus 206 Einheiten, unter denen einige noch aus der Zeit der Seeschlacht von Manila stammten, und er hatte hinzugefügt: „Ein einziges modernes Schiff genügt, um sie alle zu vernichten.“

Präsident Coolidge erläuterte später die Absicht, die er mit seinem Schreiben an French verfolgt habe. Er erklärte, er habe den Eindruck befreiten wollen, als habe er seit der Aufassung seiner Botschaft über den Staatshaushalt seine Haltung in der Frage der Bewilligungen für die Flotte geändert.

Wettläufe statt Abstrichung.

Wie weiter aus Washington gemeldet wird, hat der Marinenausschuß des Repräsentantenhauses eine Entschleunigung angenommen, in welcher er sich für eine Erhöhung der Zahl der Geschütze auf allen älteren Schlachtschiffen der Vereinigten Staaten ausspricht, um mit den britischen Schiffen auf gleiche Höhe zu kommen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Butler, führte bei der Beratung aus, daß Hughes als Staatssekretär im Jahre 1924 erklärt habe, eine Erhöhung der Verstärkung verstoße gegen den Vertrag von Washington. Der Geist dieses Vertrages sei aber tot, und das Rennen habe begonnen. Es sei höchste Zeit, daß Amerika die Führung übernehme.

Das neue Schutzpolizeibeamtengesetz.

Berlin, 6. Januar. Die Vorarbeiten für das neue Schutzpolizeibeamtengesetz sind nunmehr abgeschlossen. Die

„Zur schönen Königin.“

Roman von Käthe Lindner.

(1. Fortsetzung).

(Nachdruck verboten)

„Wenn nur dann nicht schon zu spät sein wird für den kleinen Schiff, Herr Kapitän,“ hatte Trina schüchtern einzuwenden gewagt. „Die Frau Tante sagte damals unten auf der Brücke zum Abschied — „Ach Pappertapapp,“ war da der kranke Kapitän Trina in die wohlgelegte Kiste gefahren, „einen Bierasthen wollte sie mir aus der Jung machen, wie sie selber einer ist, die Charlotte.“ — Es bleibt dabei, das Mädchen bleibt auch nach meinem Tode hier. Unser Vater ergriff ihr auch weiter Unterricht, ihre geistigen Gaben sind immer aufs Beste gepflegt worden. „Und, Trina,“ sagte er, plötzlich tiefstern werdend, „werden Ehen nicht im Himmel geschlossen? Ich habe mir meine arme, weltfremde, kleine Nale auch einmal von einer verlorenen Hallig hinweg in mein Haus geholt. . . . Und in einem kurzen glückseligen Jahr voller Liebe und Zärtlichkeit, da hat mir die Nale so oft gesagt, daß ich, ausgeredet, ich, ihr vom lieben Herrgott ausgesucht worden bin. Und mir selber ist es damals gleich einem Wunder gewesen. War doch schon ein alter Kerl, der ersten grauen Haare hatte ich schon. Waren mir so viele, schöne Frauen begegnet in der weiten Welt, doch keine, die meines Herzens Einsamkeit mir hätte hinwegtäuschen können. Da hab ich sie auf der armseligen kleinen Hallig gefunden, die Rechte, die Nale. Und habe sie behalten dürfen ein kurzes, glückseliges Jahr.“ . . .

Ein Schweigen war damals im Zimmer gewesen. Wie es ist, wenn einem anderen einen Blick hinein tun läßt in seines Herzens verborgenste Kammernlein. Trina hatte nicht aufzuschauen gewagt von ihren verschlungenen Händen. Und des Kapitän's Stimme war plötzlich noch leiser und eindringlicher an ihr Ohr geklungen: „Kann nicht auch hierher einer kommen, der ihr bestimmt wäre? Vorherbestimmt zu ihrem Leben? Wärs auch nur wieder für ein Jahr voll Glück.“ . . .

Und nach einer Weile hatte er in seiner gewöhnlichen barschen Kommandostimme gesagt: „Zum Rudud, Trina, stenn nicht! Bestell mir den Pfarrer auf heut' abend und bereite Ingeborg aufs Abschied nehmen vor. Der Pfarrer soll uns das Abendmahl reichen, ich will nicht unvorbereitet vor meinen Herrgott treten.“ . . .

Anstellungsverhältnisse der Offiziere sind nach dem neuen Entwurf im wesentlichen die gleichen geblieben. Eine Änderung bringen die Bestimmungen über die Kündigung. Bis zu 10 Dienstjahren sind sämtliche Polizeioffiziere kündbar. Vom 10. Jahre ab werden sie lebenslanglich angestellt, jedoch kann der Finanzminister gemeinsam mit dem Minister des Innern eine Altersgrenze festsetzen. Die Nachweiser bleiben bis zum 32. Lebensjahre kündbare Beamte, wie bisher. Vom 32. Lebensjahre an haben sie nach Wahrung ihrer Stellen Anspruch auf lebenslangliche Anstellung. Die Heiratsbeschränkungen sind im allgemeinen aufrechterhalten. Die Vorlage wird, nachdem sie den Staatsrat passiert hat, nach Wiederzusammentritt des Landtages diesen beschließen.

Deutsches Reich.

Beilegung des Zwischenfalls in der englischen Zone. Wie aus Wiesbaden gemeldet wird, wurden in der Verhandlung vor dem britischen Militärgericht gegen drei junge Leute aus Boersdorf, die dort am Weihnachtsabend in einem Wirtshaus mit englischen Soldaten in Streit geraten waren, die Anklagen freigesprochen. — Dieses Urteil steht in einem wohlwollenden Gegensatz zu dem Urteil des französischen Kriegsgerichts im Fall Rouzier.

Berlin. Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf der Reichsregierung zugegangen, wonach in aller nächster Zeit eine Reichswohnungszählung stattfinden soll, da die Ergebnisse der letzten Zählung vom Mai 1918 nicht mehr ausreichen. Die neue Zählung soll in allen Gemeinden mit über 2000 Einwohnern stattfinden.

Auslands-Rundschau.

Eine englische Erklärung über China.

Auch die Zwischenfälle von Hankau haben die englische Regierung nicht veranlassen können, ihre behutsame Haltung aufzugeben. Das beweist nachstehende, offenbar inspirierte Neuter-Erklärung: Die Notwendigkeit, von den Waffen Gebrauch zu machen, wird sich hoffentlich vermeiden lassen. Nach den vorliegenden Berichten scheint die Regierung von Hankau in der Lage zu sein, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Frage, ob der Volkswille für die Festhaltung der Lage in Hankau verantwortlich ist, wird man wohl nicht uneingeschränkt bejahen dürfen. Der Ausgangspunkt der Bewegung ist der Wunsch der Chinesen, ihr Land selbst verwalten zu wollen. Die britische Politik entspricht dem, und sie ist, abgesehen vielleicht von den Vereinigten Staaten von Amerika, früher zu diesem Ergebnis gekommen als die anderen Mächte. Ein allgemeines Uebereinkommen über die Politik gegenüber China hat nicht bestanden, und England hat nichts getan, was gegen den Geist der Verträge von Washington ist.

Beking. Nach amtlichen Meldungen aus Hankau wird dort die Lage immer bedrohlicher. Am Montag wurde ein deutscher Staatsangehöriger in der britischen Konzession von einem chinesischen Mator durch Dolchschläge schwer verletzt.

Vermischtes.

Mit dem Nordschiffen in den See. Ein mit zwei jungen Leuten besetzter Nordschiffen überfuhr auf der von einem Berg zum Zempelburger See (Westpr.) hinabführenden Nordbahn das Ziel. Der Schiffer geriet auf das dünne Eis des Sees und durchbrach die Eisdicke. Die beiden jungen Leute ertranken.

Vom elektrischen Strom erschlagen. In Waldsied bei Langensalza traten zwei Pferde eines Milchwagens auf den von einem Sturz herabgerissenen Leitungsdraht der Ueberlandzentrale und wurden vom Strom auf der Stelle getötet.

Eine Kältewelle liegt zur Zeit wieder über Norwegen. Aus dem Norden des Landes, aus Skandinavien, werden 40 Grad unter Null gemeldet. Vielfach ist die Verbindung der Küstestädte untereinander infolge starken Eisgangs und Nebel unterbrochen.

Paris-Marseille in 3 1/2 Stunden. Ein Transportflugzeug hat die Strecke Paris-Marseille in nur drei Stunden 34 Minuten zurückgelegt. Die Entfernung beträgt 660 Kilometer.

Ja, so einer war er gewesen, der Herr Kapitän. In der rauhen Seebärenhülle hatte allzeit ein warmes Herz geklopft. Es waren wohl Todeswunden gewesen, die damals den Schleier von seiner Seele gehoben, denn einen Tag nach jener Unterredung mit ihr hatte Trina ihren alten Herrn tot in seinem Lehnstuhl am Fenster gefunden, und dann hatte man den Kapitän Larson drüben auf dem kleinen Inselriedhof, der halb vergraben lag zwischen Dünenhaufen und Heidegras, zur letzten Ruhe gebracht. . . .

„Die Seebärenhöhle“ des Vaters, darin in den zwei Jahren seit seinem Tode nichts verändert und von der Stelle gerückt worden war, gab nun einen seltsamen Rahmen für die Schönheit der Tochter. Ingeborg Larson war groß und hatte die wundervolle Hautfarbe der Friesinnen. Weiß und rosig hob sich ihr von reichem leuchtendem Blondhaar umrahmtes Gesicht von ihrem dunklen Kleide ab, und ein Paar blaue, seelenvolle Augen schauten erwartungsvoll der alten Trina entgegen. „Trina,“ sagte Ingeborg Larson, und nahm der Alten die heiße Teefanne aus der Hand. „Jan Vrobers hat mir vorhin einen Brief gebracht von der Tante Charlotte. Nun rate, was darin steht?“ Sie schwenkte ein kleines lila Briefchen vor dem Gesicht Trinas hin und her. „Wie soll ich denn raten, mein Herzenskind, Was die Frau Hansons schreibt? Nach Hamburg wirst du nun endlich kommen sollen, wie oft schon hat sie das geschrieben. Und ich mein, Ingeborg, du könntest nun schon auf ein Jahr vielleicht zu der Frau Tante gehen. Du bist jung, und es ist so sehr einsam bei uns auf der Insel, Kind. Und du bist jetzt 19 Jahre alt. Da muß ein junges Mädchen schon etwas mehr sehen von der Welt, als ein paar Inselleute und ein altes Weib, das es doch nichts mehr lehren kann. Freilich, fehlen wirst du mir sehr, Herzblatt.“

Fehlgeschossen, Trina, sie kommt zu uns, die Tante Charlotte. Von Westerland herüber kommt sie. Kann sein, daß sie sich dann mitnehmen will, aber, Trina, ein ganzes langes Jahr bleibe ich nicht fort. So lange lasse ich meine Trinamutter nicht allein.“ Und sie tätschelte über den Tisch hinüber zärtlich die knochige Hand der Alten. Trina hatten die Nachrichten, die der lila Brief enthielt, den Appetit zum Essen genommen.

Sie schob den Teller zur Seite. „Zeig mir den Brief, Ingeborg. Gewiß wirst du dich mitnehmen wollen nach Westerland. Und wir müssen gleich morgen Poppe Urbans holen, daß sie dir Kleider macht! Oder wollen wir nach Hamburg schreiben?“

Die mittlere Stunden-Geschwindigkeit des Flugzeuges betrug trotz des schlechten Wetters 185 Kilometer.

Gewaltiges Unwetter herrscht gegenwärtig auf dem Mittelmeer. Von den verschiedensten Seiten treffen Nachrichten ein über Schiffe, die in Seenot sind, und solche, die dem Sturm zum Opfer gefallen sind.

Drei Kinder beim Schlittensahren ertranken. Beim Schlittensahren auf einem zugefrorenen Dorfteich bei Augsburg ertranken durch Einbrechen der Eisdicke zwei junge Mädchen und ihr ihnen zu Hilfe eilender Bruder.

Beim Spielen erstickt. In der Scheune eines Landwirts in Werken (Niederrhein) wurden zwei Knaben in einem Spreubausen erstickt vorgefunden. Beim Spielen mußten die Kinder wohl in den Hausen gesprungen sein, in den sie so tief einsanken, daß sie sich nicht mehr befreien konnten und erstickten mußten.

Ein 65jähriger erstickt einen Mitschüler. In einem Dörfchen geriet ein 15jähriger Knabe, der von seinen Schulkameraden wegen eines Körperfehlers gehänselt wurde, betört in Wut, daß er ein ihm von seiner Mutter zu Weihnachten geschenktes dolchartiges Messer zog und blindlings um sich schlug. Hierbei brachte er einem 15jährigen Jungen einen Herzstich bei, dem der Verletzte nach wenigen Minuten erlag.

Den Vater erschossen. In einer Lumpensammlerfamilie in Altenborn (Lüneburg) bedrohte der Mann im Streit seine Frau, worauf der 19jährige Sohn den Vater mit einem Militärgewehr erschoss. Der Mörder wurde verhaftet.

Familientragödie bei Magdeburg. Nach einer Müttermeldung aus Gerbstedt verfuhrte ein Gastwirt seine Ehefrau mit einem Weib zu erschlagen. Als der erwachsene Sohn dazwischentrat, schlug der Vater auch auf diesen ein, der Sohn aber blieb mit einem Stiel Holz den Vater auf den Kopf und verletzte ihn tödlich.

Familientragödie in Leipzig. Dort erschoss gestern früh der 40 Jahre alte Auslands-Korrespondent Kurt Müller, der seit 6 Monaten an einem Nervenleiden erkrankt ist, in einem Anfall verböser Geistesstörung seine Frau, seine 17jährige Tochter und sich selbst. Müller bildete sich in seiner Krankheit ein, daß seine Frau ihn hintergebe.

Haubüberfall auf einen Chauffeur. Gestern früh gegen 4 Uhr forderten zwei junge Leute im Alter von 25 Jahren in Schöneberg einen Chauffeur auf, sie nach Wannsee zu fahren. Unterdessen verlangten sie unter Drohung mit der Schusswaffe von dem Chauffeur die Herausgabe seines Geldes. Er mußte ihnen 25 Mark ansahändigen. Die Mäuler durchsuchten ihn und waren gerade dabei, ihn zu fesseln, als ein Wächter herankam. Darauf flohen Sie in den Wald.

Ueberfall Grippe. In Paris und ganz Frankreich hat die Grippeepidemie, die bereits einige Zeit dauert, einen ziemlich heftigen Charakter angenommen. Besonders beunruhigend tritt die Grippe in Montpellier auf, wo bereits 32 Todesfälle zu verzeichnen sind. — Auch aus Spanien sind außerordentlich beunruhigende Nachrichten eingetroffen. In Barcelona allein schätzt man die Zahl der Kranken auf ungefähr 100 000. Jeden Tag mehren sich die Todesfälle — Nicht weniger ernst ist das Auftreten der Seuche in Basel und der Schweiz. In Basel wurden in einer Woche 900 Neuerkrankungen zur Anzeige gebracht. Die Schulen mußten geschlossen werden.

Die Weihnachtspost des „Albert Ballin“. Der „Ozeanograph“ „Albert Ballin“ hat mit Vorrang vor einem englischen Dampfer die gesamte, für Europa in New York angefallene Weihnachtspost mitbekommen. Es waren dies nicht weniger denn 600 Takt, die größte Menge, die je ein deutscher Dampfer über den Ocean gebracht hat.

Haubüberfall im Süden Berlins. Im Süden Berlins wurde gestern früh ein 53jähriger Fabrikant auf der dunklen Treppe von zwei Männern überfallen, die ihm die Brieftasche raubten. Trotz der Hilferufe des Beraubten gelang es den beiden Täubern, zu entkommen.

Haubüberfall in Pommern-Oberschlesien. Vorgestern überfielen an der Kreisgrenze Hohnitz-Rattowitz drei maskierte und mit Schusswaffen ausgerüstete Banditen den Kassierer einer Hütte und raubten ihm 30000 Mark Lohngehälter.

Karbid als Bomben. In Lasowitz bei Graudenz spielten ein paar Kinder mit Karbid. Ein kleines Mädchen wollte

„Ach, Trina,“ lachte Ingeborg fröhlich auf, „Tante Charlotte hat sicher in ihrem Koffer schon alles von Hamburg mitgebracht, was sie mir in Westerland auf den Leib hängen will. Du weißt doch, wie sie ist. So herzensgut und selbst immer so schön und vornehm. Und über Poppe Urbans Schneidertümselstücke haben sie schon immer getacht, wenn ich früher nach Hamburg kam. Barten wir also vor der Hand mit den Verschönerungsversuchen, Trinamutter.“ Sie stellte mit ihren Händen die Teller zusammen und räumte den Tisch ab, derweil ihr Trina untätig zusah. „Kind, mir ist der Schreck mit der Frau Tante in meine alten Beine gefahren.“ Sie erhob sich schwerfällig, um das Geschütz hinauszutragen.

Aber Ingeborg schob sie lachend in ihren Stuhl zurück. „Schöne die alten Beine, Trina. Ach, gehe schon. Zum Schlafengehen ist es aber noch zu früh. Du hast mir so lange schon versprochen, zu erzählen, was es mit dem Bild der Spanierin für eine Verwandnis hat, das beim Deichvogel drüben über dem Sofa hängt. „Frag mir die Trina,“ sagt er jedesmal zu mir, „sie kann dir das am besten erzählen, wie das Bild hierher kam und drüben auf dem Dünenriedhof das Grab der fremden Frau. Der Trina hat die dort viel genommen auf dem Bild.“

„Ach, Ingeborg, laß die alten Geschichten,“ sagte die Alte, und hob abwendend die Hände. Ein grämlicher Zug lag plötzlich auf ihrem Gesicht, ließ es um Jahre gealtert erscheinen. „Herzenskind, du weißt doch, daß der Draf eng damit verbunden ist, der Draf, der. . . .“ Ihre Stimme brach plötzlich in verhaltenem Schluchzen. Das Teebrett wurde mit einem energischen Ruck auf den Tisch gestellt, und ein Wunderkopf knickte sich lieblos an Trinas Gesicht. „Verzeih, Trinamutter, ich hab dir doch dein altes Herzleid nicht wieder aufrühren wollen. Verzeih mir. Du hast sie mir schon lange einmal erzählen wollen, die Geschichte von der schönen Mercedes und dem Draf, aber welchen kann ich dich nicht sehen. Und sie trocknete mit ihrem Taschentuch die runzeligen Wangen. „Sei doch so gut, Trina, ich will sie gar nicht mehr wissen, die Geschichte. Erzählen wir uns lieber von der Tante Charlotte und. . .“

„Laß gut sein, Inge,“ sagte Trina, und fuhr sich mit dem Schürzenzipfel über das Gesicht; du sollst sie hören, die Geschichte. Heute doch der Sturm heut' ebenjo uns Haus, wie damals, als das Unglück mit dem Draf seinen Anfang nahm. Den ganzen Abend schon hab ich dran denken müssen. Trag das Teebrett hinaus, Kind. Ach, hole derweil die kleinen Andenken, die ich aufgehoben habe von jener Zeit.“

INVENTUR AUSVERKAUF

Die anerkannt

billigen
Ausverkaufs-Preise
für meine bekannt
guten Qualitätswaren

sichern
Ihnen einen selten
vorteilhaften Einkauf
in meinem Inventur-Ausverkauf

Aus meinen riesigen Reserv-Beständen werden
täglich große Posten Waren aller Art nachsortiert, so daß

troiz

des enormen Verkaufs

an den ersten Ausverkaufstagen die Auswahl heute
und an den folgenden Tagen unvermindert ist.

Gustav Zeeck Stolp
Telephon
124, 125, 126.

RUDOLF WEIL & CO. BERLIN W 8

Für die Ausbauten an dem Feldwege zwischen der
Ruhliher Chaussee und der Verlängerung des Grünen
Weges wird die Bezeichnung „Am Dornbrint“ festgelegt
Stolp, den 5. Januar 1927
Die Polizeiverwaltung.

Zum Bezirksvorsteher für den 9. Stadtbezirk ist Herr
Epediteur Haumann, Hospitalstraße 32 und zum stellver-
tretenden Bezirksvorsteher Herr Gärtnerbesitzer Johannes
Rinkleben bestellt worden.
Stolp, den 6. Januar 1927
Der Magistrat.

Dungverpachtung.

Der Dünger von den Pferden der 3., 4. und Aus-
bildungs-Eskadron soll am 12. d. Mts. vormittags 11.30
Uhr für die Dauer eines Jahres ab 1. 1. 27. verpachtet
werden.

Pachtlustige wollen sich im Zimmer 69 der Blücher-
kaserne einfinden.

5. (Preuß.) Reiter-Regiment.

Butterpreis!

Ab Sonnabend, den 8. verkaufen
wir unsere hochfeine Tafelbutter
zu Mk. 1,90 das Pfd.

Die Abgabe kann jedoch nur
an die ständigen Milchabnehmer
erfolgen.

Molkerei Stolp.

Blücherstall

Fernruf 292.

e. G. m. b. H.

Amtsstraße.

Stolp i. Pom.

hat ständig abzugeben und zu tauschen

ersikl. Arbeits-, Reit-, u. Wagenpferde

Ermländer, Hannoveraner, Ostpr. Halbblut und in Pommern gezüchtete.

Reit- und Fahr-Unterricht.

Ausbildung von Kutschern, sowie Zureiten durch erstklassige Kräfte.

Pferde werden ferner zum Verkauf in Kommission genommen.

Sonnabend, den 8. d. M. trifft wiederum ein Transport

erstklassiger Ermländer Acker- und Bauernpferde

sein und stehen bei uns zum Verkauf und Tausch

Sahne-Milch Pommerline

5% Fett

Das schöne leichtverdauliche Getränk
für Kräftigungsbedürftige.
Die ausgiebige und geschmackverbessernde

Kaffee Milch.

In unseren Milchläden und beim Milchschank-
Wagen mit Gebrauchsanweisung erhältlich

Molkerei Stolp.

Pelzwaren
Mantelbesätze und Pelzhüte
werden neu angefertigt u. umgearbeitet zu billigen Preisen.
Damenhüte neu am Lager.
Alle Hüte werden umgearbeitet
W. Mielowski, Bollweberstraße 9.